

Jahresmedienkonferenz vom 5. Januar 2026

Ernährungsinitiative: Unrealistisch und unsinnig

Referat von Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Neben der Konkretisierung der AP 2030, den Produzentenpreisen und dem Entlastungspaket ist ein weiteres wichtiges Thema für die Schweizer Bauernfamilien in diesem Jahr, die Abstimmung über die Ernährungsinitiative. Wir gehen aufgrund dem Beratungsstand im Parlament davon aus, dass das Volk am 27. September darüber befindet. Eigentlich ist die Initiative alter Wein in neuen Schläuchen: Denn die Initiantin der Trinkwasserinitiative, Franziska Herren, hat offenbar Mühe das mit über 60% klare Nein des Volkes im Jahr 2021 zu akzeptieren. Deshalb hat sie ihre Anliegen in eine neue Initiative verpackt und ihr einen verführerischen Titel verpasst. Man kann also durchaus von Zwängerei sprechen.

Ihre Hauptforderung ist ein Netto-Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent. Zur Erinnerung: Im schlechten Pflanzenbaujahr 2024 waren wir bei einem Selbstversorgungsgrad von 42 Prozent. Erreichen will die Initiative das durch eine Ausrichtung von Produktion und Konsum auf pflanzliche statt tierischer Lebensmittel sowie die Reduktion von Food Waste. So auf die Schnelle tönt das vielleicht gar nicht so schlecht. Doch wenn man genauer hinschaut, ist das absolut nicht realistisch. Ausser wir hätten kriegsähnliche Zustände, welche Importe aus dem Ausland verunmöglichten und der Staat den Konsum mit harter Hand lenken würde. Dann würden wir alle verfügbaren Ackerflächen intensiv nutzen. Dann würden wir auf jenen 20 Prozent, die der Biodiversitätsförderung dienen, wieder Lebensmittel produzieren. Unsere Hauptmahlzeit wären Kartoffeln, Hafergrütze oder Ribelmais, zwischendurch etwas Milch. Foodwaste gäb es keinen mehr, dafür wären Lebensmittel viel zu wertvoll. Eier oder Pouletfleisch gehörten der Vergangenheit an, Schinken oder Speck ebenfalls. Abgesehen von notgeschlachteten Milchkühen oder männlichen Tieren, gäbe es kein Fleisch. Sie merken selbst: Der Staat müsste bei Annahme der Ernährungsinitiative massiv in die Ernährung eingreifen und die Grenzen schliessen. Was Frau Herren nicht kapiert: Die Menschen in der Schweiz essen nicht, was die Landwirtschaft produziert. Vielmehr produziert die Landwirtschaft, was die Menschen essen. Und 99.3 Prozent der Bevölkerung essen NICHT vegan, sollten das aber gemäss Franziska Herren tun. Das ist der Grund, warum wir von Vegan-Zwang reden. Auch andere verkennen die Realität. So sitzt die im Dezember veröffentlichten Studie des FiBL zum Selbstversorgungsgrad dem gleichen Irrglauben auf: Gemäss der Studie sollte z.B. die Geflügelproduktion um 80-90% sinken. Damit verkennt sie schlicht die Realität: Pouletfleisch ist von Jahr zu Jahr beliebter! Fazit: Eine Studie aus dem Elfenbeinturm.

Auf rund 70 Prozent unserer landwirtschaftlich genutzten Fläche wächst nur Gras. Für die menschliche Ernährung lässt sich dieses ausschliesslich mit grasfressenden Tieren wie Kühe, Schafe oder Ziegen in Form von Milch oder Fleisch für unsere Versorgung nutzen. Die Milch- und Fleischproduktion sind also nicht nur standortgerecht, sie sind auch fundamentale Pfeiler unserer Ernährungssicherheit und der landwirtschaftlichen Einkommen. Gleichzeitig schwächt die Initiative das Produktionspotential für Gemüse, Obst, Kartoffeln, Raps, Getreide oder andere pflanzliche Kulturen mit Auflagen wie samenfestes Saatgut. Das würde uns züchtungstechnisch um Jahrzehnte zurückwerfen und auch die Verfügbarkeit von pflanzlichen Lebensmitteln aus inländischer Produktion schmälern.

Wie Sie von Anne Challandes bereits gehört haben, verbessert sich die Schweizer Landwirtschaft laufend weiter, trotz bei gleichbleibender staatlicher Unterstützung. Es laufen zahlreiche Arbeiten auf allen Ebenen, um ihre Nachhaltigkeit zu verbessern. Und die Bevölkerung kann heute schon eine noch umwelt- oder tierfreundlichere Landwirtschaft zusätzlich fördern, indem sie gezielt Labels wie Bio- oder IP Suisse einkauft. Es braucht keine Volksabstimmungen, denn wir alle stimmen mit jedem Einkauf ab. In diesem Sinn wird sich die Landwirtschaft bei der Abstimmung für ein klares Nein engagieren.